

# Wöchentliches Anzeiger

für Teuchern

und Umgegend



Anzeigenpreis: Die fünfgehaltene Kopfzeile 25, Restzeile 40 Pf.

Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Zeigerstraße 10 bis spätestens vormittags 9 Uhr. Spätere und sonstige Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unsere Hände sein.

Erscheint wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 7 Uhr für den folgenden Tag.

Bierstüblicher Bezugspreis: durch unsere Geschäftsstelle 2,10 RM. von unseren Boten ins Haus gebracht 2,35 RM und durch den Briefträger 2,35 RM.

Bierstüblicher und monatlicher Bezüge werden außer in der Geschäftsstelle, Zeigerstraße 10, auch von unseren Boten und allen Postämtern angenommen.

Amtesliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

№ 117.

Sonnabend, den 4. Oktober 1919.

58. Jahrgang.

## Die letzte Woche.

Ein Jahr ist vergangen, seitdem der damalige Reichszentraler Prinz Max von Baden den Präsidenten Wilson in Washington unter Anerkennung seiner vier Punkte Friedensbedingungen zum denkwürdigen Freund erklarte, von dem Deutschland eine baldige Einstellung der Feindseligkeiten und einen Frieden der Gerechtigkeit erwartete. Die Kämpfe endeten am 11. November 1918, der Friede, nicht des Rechts, sondern der harten Gewalt wurde am 28. Juni 1919 in Versailles unterzeichnet, aber einen wirklichen Friedenszustand haben wir nie erlebt. Das Verlangen unserer Ehemaligen Soldaten, in Frankreich bleiben zu dürfen, wo den Soldaten eine Ansiedlung zugehört hat, hat die Entente zu der Drohung veranlaßt, die Vierung von Lebensmitteln und Rohmaterialien an Deutschland zu sperren. Ohne Grund! Denn Deutschland verbleibt bereits auf den deutschen Gebieten, und auch die Besatzungsfrage zwischen den deutschen Soldaten und der neuen französischen Regierung war selbst lösen. Von Paris und von London aus hat man mit dieser Drohung Deutschland alles andere, nur kein Zeichen der Barmherzigkeit gegeben, das verhalten zu werden.

Der Auslandsverkehr an der Wasseroberfläche geht zu Ende. Der Metallarbeiterstreik hält noch an. Man wird es im Rückblick auf die letzten Wochen nicht verfehlen, daß die traurigen Verkehrsverhältnisse die große Kolonialmission von August Borsig in Berlin infolge des Streiks hat fühllos werden müssen. Auch in der Kohlenbelieferung ist noch keine Besserung eingetreten, dagegen hat die Güterverkehrsbeeinträchtigung durch den Eisenbahnstreik blühend gedauert. Es ist für die Wirtschaft zu nennen, daß heute am norddeutschen Küstengebiet ein Streik organisiert werden, wo uns kaum das nackte Leben und die wirtschaftliche Existenz garantiert sind. Hungern, Frieren, Inordnung, das wären trübe Aussichten für den Winter.

Die deutsche Nationalversammlung, die jetzt ihre Sitzungen in der aufzunehmenden Arbeit fortsetzt, nachdem die Tagung in Weimar im August abgeschlossen worden war, im Reichstagsgebäude in Berlin, das seit dem 8. November 1918 seinem Zwecke nicht mehr gebietet hat. Am 9. November wurde die Republik proklamiert, der Reichstag aufgelöst, und in seinem Saale stülpten sich bisher Soldaten ein, deren Schüsse zu dem Zweck eine Arbeit von langer Dauer erforderlich war. Rumormehr ist der geregelte Betrieb wieder aufgenommen, und die große Steuerfrage soll gelöst werden. Zu den von der Entente von uns verlangten enormen Kriegsschadensforderungen haben wir gesagt, daß Deutschland nur zahlen kann, was innerhalb der Grenzen seiner Leistungsfähigkeit liegt. Und dabei sind wir auch von den Exzentriker-Abgaben, die nicht aufzubringen sind, ablassen auch nicht beabsichtigen.

Den Auseinandersetzungen über die Vorgeschichte des Krieges haben die Verantwortlichen des Amiralets von Lützow, des früheren Staatssekretärs unserer Marine, und des Grafen Berthold, des österreichischen Ministers des Auswärtigen, am 14. und 15. d. M. eine große Arbeit geleistet. Das ist die Schuld an verhängnisvollen Ereignissen, von sich abwenden will, ist begreiflich, und man vermischt nur mit Bedauern, daß die Männer, die die Zustände vor dem Kriege heute rügen, nicht zur rechten Zeit gesprochen haben. Tirpitz kritisiert die Eigenliebe und das impulsive Wesen des Kaisers, sowie die diplomatische Inzulänglichlichkeit des Reichskanzlers von Bethmann-Hollweg. Er hat aber f. H. verkümmert, aus seiner Erkenntnis die erforderlichen Konsequenzen zu ziehen. Den II-Weltkrieg von 1917 hält er für verpatet, zwei Jahre früher wäre die unangenehme Maßnahme seiner Abreise nach vollstem Erfolg gewesen. Graf Berthold bietet dabei, Deutschland habe zur Ausnahmestellung mit Recht geltend zu machen, deren Abkündigung durch Ausland verweigert sei. Er kann sich aber nicht von dem Vorwurf der einseitigen Handlungsweise frei machen, wo ihm doch bekannt war, wie sehr die habsburgische Monarchie auf Deutschland angewiesen war.

Die Waffentierung der Friedensverträge hat noch immer keine weitere Fortschritte gemacht; in der französischen Kammer ist sogar die Verschärfung des Vertrages zum Zweck der vollständigen Entmündigung Deutschlands verlangt worden, gegen die sich aber auch der Premierminister Clemenceau geäußert hat. Er ist 79 Jahre alt geworden. In der an seinem Geburtstag gehaltenen Rede hat er gesagt, daß Frankreich die Waffentierung nicht haben will, aber auch betont, daß der Friede die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln sei. Wir müssen also, woran wir für die Zukunft mit Frankreich sind. Die englische Regierung hat ihre Sorgen mit dem großen Eisenarbeiterstreik, dem gewiß noch andere allgemeine Ausfälle folgen werden. Der Eisenarbeiterstreik hat auch in den englischen Arbeiterbewegungen gegenüber den Unternehmern hochgehoben. Das italienische Ministerium Blüsi hat von der Demobilitierung in Rom ein dem

sehr patriotischen Hoffnungen begl. eines Vertrauenswortum erhalten, aber damit ist der Zug d'Annunzio nach Fiume seiner Abfertigung nicht näher gebracht. Da weder Italien, noch die Entente ernsthafte Maßnahmen ergreifen haben, die Freischützer aus der Stadt zu vertreiben, bereiten sich die Südländer, denen Fiume zugehört war, zum Angriff vor. Auch die Ententemänner in Paris werden nachdrücklich doch merken, daß auch für Sieger des Regieren gelernt sein will. Die inneren Kämpfe in Russland dauern fort, aber über die Wahrheit der Siegesberichte besteht noch keine einwandfreie Klarheit. Die Enttarnung des nordamerikanischen Präsidenten Wilson war als ein schwerer Nervenzulammenbruch bezeichnend. So gefährlich wird es aber wohl nicht sein. Wir haben von Wilson nichts zu erwarten, von seinem eventuellen Nachfolger aber kaum mehr.

## Die Umbildung des Reichskabinetts.

Die Verhandlungen über die Umbildung des Kabinetts haben sowohl in der Sache sowie bezüglich der Beteiligung der Ministerposten zu einer vollen Verständigung geführt. Die Demokraten übernehmen das Ministerium der Justiz, dessen Leiter gleichzeitig mit der Vertretung des Reichszentralers betraut werden wird, das Ministerium des Innern sowie das neue Ministerium für Durchführung der wirtschaftlichen Friedensbedingungen, insbesondere des Wiederherstellers Nordfrankreichs und Belgiens. Dem neuen Ministerium werden zugleich die wichtigen Aufgaben der Entschädigung der Auslandsdeutschen, der Entschädigung der Kolonialdeutschen, der Umbildung der Reichsjustiz und der Juugendkulturationsarbeit der Entscheidung für unsere Sonderstellung zugewiesen. Die endgültige Bezeichnung und Geschäftsbereichung für dieses Ministerium bleibt vorbehalten.

Auf Grund dieser Verständigung wird der Reichskanzler im Auftrage des Reichspräsidenten die in der Vorwoche vorgezeichneten Verhandlungen führen. Der Interaktionelle Ausschuss trat wie früher unter dem Vorsitz des Herrn von Baur wieder in Tätigkeit.

## Deutsche Nationalversammlung.

In der Sitzung am Donnerstag wurde zuerst die Baluta-Interpellation weiterverhandelt. Abg. Heim (Bayr. VdV.) führte aus, daß die Kaufkraft des Geldes überall infolge des langen Krieges erheblich zurückgegangen sei. Durch Geboten über die Schuldfrage kommen wir nicht zum Ziel, sondern schädigen wir unselbst. Wir müssen noch mehr. Zur Besserung der Baluta ist noch lange nicht genug geschehen. Barankeit ist die Hauptsache, die Konvention muß mit der Zeit abgeändert werden. Das neue Wiederherstellungsministerium sollte sich doch auch des sittlichen Wiederherstellungs annehmen. Wir brauchen keine Streiks mehr. Der Abbaude r Abhne wird schwer sein. Auf die Spekulation mit deutschen und fremden Geldnoten müßten hohe Strafen festgesetzt werden, nicht Geldstrafen, sondern der Galgen. Auf den guten Willen der Entente zu rechnen müßten wir uns doch endlich abgeben haben. Wenn die Wirtschaftskrisis nicht so schlimm war, so war sie doch besser noch als die jetzige planlose Wirtschaft. Von der Entente soll man sich nicht zu große Illusionen machen. Das deutsche Volk wird erst genesen, wenn es seine eigenen Nerven wieder hat.

Abg. Baur (U. S.) Das Vertrauen des Auslands in unsere Kreditfähigkeit müssen wir wieder gewinnen. Dazu ist nötig, daß die Arbeiter die Arbeit selbst regeln. Die Streiks werden von den Arbeitgebern provoziert. Er vertritt die üblichen Forderungen der Unabhängigen, man sollte erst die innere Politik ändern, dann werden auch die Beziehungen zum Ausland besser. Reichsfinanzminister Erzberger: Eine Kommission von Sachverständigen die weiter die Gründe unseres Balutastandes betonen soll, ist zusammengetreten und hat heute zum ersten Male getagt. Die Regierung achtet durchaus die Rechte der Arbeiter. Zur Lösung der Arbeitskräftfrage ist ausreichende Zahlung zu angemessenen Preisen nötig. Die Regierung hat dafür 3,5 Milliarden ausgemworfen, durch die eine Erhöhung der Zahlungsmittelverfügbarkeit verhindert werden soll, diese Preispolitik wird die Regierung systematisch fortsetzen. Der Kapitalverkehr zwischen Ausland und dem Banknotenhandel wird entgegengetreten werden. Eine Balancepolitik kann uns nicht beunruhigen, ist augenblicklich aber ein unerwünschtes Hilfsmittel zur Besserung unserer wirtschaftlichen Lage. Eine Ausnahmepolitik kann ich nicht befürworten. Deutschland hat genug Platz für seine 60 Millionen Einwohner, das deutsche Volk ist zu gut, um den Kulturdrängen für fremde Nationen zu biden.

Abg. Dr. Nieber (D. VdV.) hat das Kabinetts

der Aussprache zusammen. Die Sozialisten zogen kein Mittel, die Produktion zu erhöhen. Die Revolution hat ein Herrenbewußtsein der Arbeiter geschaffen das ebenso zu beurteilen ist wie das der Unternehmer. Die Balutafrage ist keine bloße Finanzfrage sondern hat eine allgemeine volkswirtschaftliche Bedeutung.

Die Arbeitstätigkeit in den Bäckereien. Es folgte die erste Beratung des Gesetzentwurfs zur Umänderung der Verordnung über die Arbeitstätigkeit in den Bäckereien und Konditoreien. Danach können die von den Landeszentralbehörden bestimmten Behörden auf Antrag eine Beschäftigung der Lage der Bäckereien während einer Stunde vorbestimmen. Nach der alten Verordnung darf in Bäckereien und Konditoreien an Sonn- und Festtagen überhaupt nicht gearbeitet werden. Nach der neuen Verordnung sollen von 6 bis 9 1/2 Uhr vormittags leicht verdauliche Konditorwaren hergestellt und ausgetragen werden können; ferner dürfen nach jeder Uhr abends während einer Stunde Arbeiten vorgenommen werden, die zur Wiederaufnahme des regelmäßigen Betriebes am folgenden Wochentage notwendig sind. Abg. Hartmann (Dem.) und Flemer (D. ntl.) sind für Überweisung an die Kommission. Abg. Warezki (D. VdV.) stimmt der Vorlage zu.

## Preussische Landesversammlung.

Berlin, den 2. Oktober 1919. Fortsetzung der Beratung des Etats des Finanzministeriums. Abg. Rosenfeld (U. S.) begrüßt den Uebergang des Finanzhoheit auf das Reich als Anfang zu dem Abbau der mittelalterlichen Kleinrenterei. Es ist ihm unverständlich, wie die Regierung dem Wunsch der thüringischen Kleinrenter nach Anschließung an Preußen Widerstand leisten kann, und bekennt sich, daß Bögner nicht von der Regierung als Kandidat in Schmalfaden bestätigt wurde. Er verteidigt dann die streitenden Berliner Metallarbeiter.

Die Vorlage der thüringischen Rentenfragen sind in einer demnächstigen Besprechung von Vertretern aller Parteien in Thüringen abgelehnt worden. Die Verhandlungen werden fortgesetzt. Eine Schwächung Preußens würde eine Schwächung Deutschlands bedeuten. Die preussische Regierung wird entscheiden an einer Entschädigung im Sinne des deutschen Einheitsstaates festhalten. Der Antrag des Finanzministeriums wird unter Streichung der Einnahmestulpe angenommen. Es folgte die Beratung der Preussische über die Zeugungsfrage an die Staatsbeamten in Verbindung mit der zweiten und dritten Beamtung der Zeugungsvorlage für eine einmalige Beschäftigungsbefreiung. Finanzminister Dr. Schödlern. Mit der durch diese Vorlagen geschaffenen Hilfe schreibt die genaltliche Aktion zur Bekämpfung der Lebensmittel einher, die für Mitte Januar wiederum 3 Milliarden erfordert. Preußen hat davon drei Fünftel zu tragen. Die Messoren der Beamtungsgesetze kann nur im Einvernehmen mit dem Reich erledigt werden. Abg. Schmiedel (Dem.) stimmt der Vorlage zu.

Nach weiteren zunehmenden Ausführungen der Abg. Otmald (Str.), Eige (Z. natl.) und Meyer (D. VdV.) wurde die Vorlage in zweiter und dritter Lesung einstimmig angenommen. Darauf verlagte sich das Haus auf Freitag, 12 Uhr mittags.

## Der Streit in der Berliner Metallindustrie.

Blutige Zusammenstöße. Der so frivolo vom Haus gebrochene Streit hat immer noch keine Aussicht auf Abfindung. Die Herrschaft der Metallindustrie im Arbeitsministerium geschaffen wurden, sind gescheitert. In der Nationalversammlung tadelte der Demotat Heßlein den Berliner Überbürgermeister Wermuth hoch, daß er überhaupt Verhandlungen eingeleitet habe, solche Streiks nie dieser müßten sich totlaufen, weil sie unbedeutend und gegen das Allgemeinwohl gerichtet seien. Nach Angabe der Streikleitung ist die Zahl der Streikenden auf über 40 000, die Zahl der Ausgesperrten auf 80 000 angewachsen. Die Verhandlungen der Berliner Arbeiter sind von der Polizei ohne Zwischenfälle aufgebrochen worden. Die Unabhängigen und Kommunisten fordern nicht ruhig hinnehmen zu wollen, doch halten sie ihre Vorbereitungen streng geheim. Das Büro der Streikleitung wurde von Geheimpolizei durchsucht. Die Metallarbeiter sind in „Bonnort“ einem Aufmarsch, in dem sie die Arbeiterkraft ermahnen, sich von allen Demonstrationen, Anmäulen und Krawallen fern zu halten. Die Polizei und Geheimpolizei haben alle Vorbereitungen getroffen.

Nach den letzten Nachrichten kam es am Donnerstag bei Auflösung einer Versammlung in der Metallindustrie doch noch zu Blutvergießen. Die Polizei hatte



den Versammlungsort verparat, doch die Menge ver-  
suchte, den Versammlungsort zu verlassen. Dabei fielen  
Schüsse, wodurch zwei Personen an der Menge  
getötet und sechs Personen verletzt wurden. Wegen  
der Anwesenheit der ausländischen Beobachter wurden  
sorgfältige Demonstrationen veranstaltet. Dabei traten  
einige erstmalig polizeistellige in Tätigkeit, die die  
Sicherheitsdemonstration durch Abwurf von Steinen  
zu den einzelnen Demonstrationslagern dirigierten.

Der erste deutsch-polnische Staatsvertrag ist am  
Mittwoch im Ausdruckslande unterzeichnet worden.  
In den einschließenden Worten des Vertrages wird erklärt,  
daß die beiden Staaten geneigt sind, sich in der Ord-  
nung der gegenwärtigen Verhältnisse entgegenzunehmen  
und zu ihrem Zweck zunächst das Abkommen über die  
Anleihe für politische Verbrechen und Vergehungen  
und Vergehen, sowie über die Freilassung der  
Kriegsgefangenen geschlossen zu werden. Der  
Wichtigste werden auf beiden Seiten alle jene Personen  
beschäftigt, die aus politischen oder nationalen Gründe  
verbrechen oder Vergehungen begangen haben, und  
Verurteilungen erteilt worden sind. Eingeleitete Ver-  
fahren bezüglich Verbrechen oder Vergehungen werden  
eingestellt, Verurteilungen für bisher begangene Ver-  
brechen dieser Art werden aufgehoben. Die in  
Schuldhaft befindlichen Kriegsgefangenen werden  
beide Staaten geben die Kriegsgefangenen, die sich  
in ihrer Gewalt befinden, heraus. Der Vertrag  
tritt mit dem Augenblick seiner Ratifizierung in Kraft.  
Er ist in deutscher, polnischer und französischer Sprache  
abgefaßt. Von polnischer Seite haben den Vertrag  
der Vizepräsident des Ministerratspräsidenten, Wro-  
blewski, sowie die Bevollmächtigten Dr. Roman und  
Korski, von deutscher Seite Generalmajor Daniel,  
Geheimrat Simon und der Referent für die polnischen  
Angelegenheiten, Graf Ledebur, unterzeichnet. Zu  
der Sitzung, in der die Unterzeichnung stattfand, sind  
die Vertreter Englands und Frankreichs zugewogen  
worden.

Deutschlands Antwort auf die Note Roths. Die  
deutsche Regierung wird die Note des Generals Roths  
wegen sofortiger Räumung des Baltiums noch vor  
Ablauf dieser Woche beantworten. In der Antwort  
wird ausgeführt werden, daß die deutsche Regierung  
alles getan habe, um die Truppen zum Verlassen der  
baltischen Gebiete zu veranlassen. Wenn das bisher  
ohne Erfolg geblieben sei, so liegt dies nicht an irgend  
welchen Verweigerungen der deutschen Regierung, die  
bis hierher stets bereit war, das Baltikum zu räumen,  
die Regierung erklärt sich grundsätzlich bereit, alles  
zu tun, um ihren Willen bei den Truppen durch-  
zusetzen.

Holländische Waren für Preussland. Zu der  
Mittwoch am Reichsfinanzminister Erzberger in der  
Nationalversammlung mitgeteilten Nachricht vom  
Abschluß eines größeren Warenverkehrs in Holland wird  
bekannt, daß es sich dabei vor allem um Petroleum  
und andere Heizöle handelt. Die Mengen sind sehr  
bedeutend. Sofort lieferbar sind 4000 Tonnen,  
weitere 100000 Tonnen folgen im Laufe des nächsten  
Halbjahres geliefert werden. Verhandlungen mit ande-  
ren Lieferanten sind aber andere Waren sind teils  
auf dem Wege, teils vor dem Abschluß. — Ueber die von  
der Entente angenommenen Konferenzen über die Zoll-  
fragen im Westen, die am 10. Oktober stattfinden soll,  
sind bisher noch keine Einzelheiten bekannt.

Die erste Militärprüfung des Reichsheeres. Vom  
26. bis 30. Oktober findet in Potsdam die erste  
Prüfung für Offiziersanwärter aus dem  
Unteroffiziersstande statt. Die Prüfung leitet der Kom-  
mandeur der Schule, Oberst Lindemann, als selbst-  
ständig der Vorsitzende der Ober-Militär-Prüfungskom-  
mission. Von den 74 Anwärtern haben 63 die Prüfung  
bestanden.

Verweigerung der deutschen Kriegsgefangenen aus  
Frankreich. Wie die Reichs-Zentralstelle für Kriegs-  
und Zivilgefangene meldet, hat die Schweizer Ge-  
sellschaft in Paris offiziell mitgeteilt, daß die in  
Frankreich befindlichen Kriegsgefangenen als  
Sach nach der Ratifizierung des Friedens in  
die Heimat zurückgeschickt werden. Da die Ratifi-  
zierung des Friedens unabweislich in der nächsten  
Tagen vollzogen wird, kann somit mit einem baldigen  
Abtransport gerechnet werden. Die deutsche Regierung  
ward dann selbstverständlich alles tun, um den Ab-  
transport, soweit dies irgend in ihrer Macht liegt,  
zu beschleunigen.

Der Kreditplan unserer Baluta war Mittwoch das  
Thema der deutschen Nationalversammlung, das durch  
eine Interpellation von G. v. v. v. v. v. v. v. v. v. v. v. v.  
voll wurde. In seiner Begründung greift der  
Abg. Hugo den Reichsfinanzminister an und behauptete,  
daß die Maßnahmen Erzbergers, z. B. die beschriebene  
Bankeinrichtung, das Vertrauen des Auslandes zu  
unserer Finanzwirtschaft untergraben habe. In  
seiner Erwiderung stellte Erzberger z. zunächst fest,  
daß nun mit Holland ein großer Kreditschritt abge-  
schlossen worden sei. Er ging dann auf die Maßnahmen zur  
Verbesserung der Baluta ein. Statt der abgelaufenen Ver-  
bittelsuntersuchung soll eine Arbeitslosen-  
versicherung eingeführt werden, die Arbeit  
auf ein höheres Niveau eingeebnet werden. Die  
Zwangskontingente solle vorläufig noch nicht  
abgeschafft werden. Zur Aufnahme von Anleihen  
im Ausland sei nur Amerika geeignet, und das  
sei schon von seinen Verbindungen und Reueaten be-  
lagert. Die internationalen Kreditsdifferenzen können  
nur durch internationale Abmachungen geregelt werden.  
Deutschland arbeitet zu billiger für das Ausland. In  
der Debatte sprach zunächst der Sozialdemokrat Rau  
gegen den Kreditplan. Er sprach sich für die Abschaffung  
der Zwangsverpflichtung. Reichsfinanzminister Erzberger  
und Reichsjustizminister Schmitt ergänzten noch  
die Ausführungen Erzbergers, gegen die sich der deut-  
sche National-Abg. Schiele wandte. Zum Schluß der Sitzung  
erklärte der Zentrumsoberordnete Hof, daß wenn  
Erzbergers Bescheidungen allein unsere Baluta retten  
könnte, seine Partei die volle Unterstützung geben würde.  
Straf in Afrika. Ein aufgemunter Ausbruch  
des Handels- und Transportarbeiters ist Mittwoch ausge-  
brochen. Der gesamte Verkehr wird aufs schärfste be-  
troffen. Auch die Arbeit in der Lebensmittelbranche  
ruht. Die Post ist fast ganz gerungen, ihre Beförderungen  
einustellen.

Der Arbeitsplan der Nationalversammlung. Die  
Nationalversammlung wird voraussichtlich voraussichtlich  
bis

zum 15. Oktober zusammenberufen. Es dann sollen  
im Pleum die Etats erledigt werden. Dann folgt  
eine Beratung auf der Wochenentretung, um den  
Ausführlichen Zeit zur Erledigung ihrer Aufgaben zu  
gewähren.

Stuttgarter. Der 3. Band von ...  
Erinnerungen über den Schicksal ...  
veröffentlicht werden dürfte, nicht nach der Beendigung  
zur Ausgabe.

Berlin. Wegen des Mangels an Kohlen haben  
die vier größten Zigarettenfabriken Berlins sämtlichen Ar-  
beitern gestattet. Dadurch werden 1500 Arbeiter er-  
werbslos.

Berlin. Die Polizei übertrahe und ließ in der  
Nacht zum Mittwoch in Wars und Radtschale, die die  
Polizeiangelegenheiten überhört.

Hanover. Generaloberst Graf Hindenburg feierte  
am 2. Oktober seinen 72. Geburtstag.

Die Volksabstimmung in Viremburg. Nach dem  
endgültigen Ergebnis der Volksabstimmung haben von  
125 775 eingeschriebenen Stimmberechtigten 60 485 ge-  
stimmt. Ungültig waren 211 3 Stimmen. Für die Groß-  
herzogin Charlotte stimmten 66 811, für eine andere  
Großherzogin 1286, für eine andere Dynastie 889,  
für die Republik 16 885.

Bei der Abstimmung über den wirtschaftlichen An-  
schluß waren von 82 375 abgegebenen Stimmen 8609  
ungültig. Belgien erklärten sich 22 242, für  
Frankreich 60 135.

Der Kampf gegen den Bolschewismus. Die  
russische Sowjetregierung ist in schwerer Bedrängnis.  
Von Osten her rückt Admiral Koltschak, der vor kurzem  
in Japan eine große Armee abgelassen hat, wieder  
vor. Von Süden her rückt Dimitri schnell in Rich-  
tung Wostok vor. Im Westen stehen schändliche  
holländische Truppen. Im Nordwesten steht sie zwar im  
Begriff, mit den holländischen Freischärlern Frieden zu  
schließen, doch stehen dort noch harte russische Truppen  
unter General Zudenitsch, die jetzt auf Blon vor-  
rücken und bereits ein Dorf genommen haben.

Die Entente will die ungarische Regierung nicht  
anerkennen. Vertreter der Entente teilen dem  
Ministerpräsidenten Friedrich mit, daß eine Anerkennung  
seiner Regierung ausgeschlossen sei. Die einzige Re-  
gelung sei die Bildung einer Koalitionsregierung.  
Gleichzeitig wurden Verhandlungsmöglichkeiten angedroht,  
falls diese Forderung nicht erfüllt werde.

Der englische Streik. Aus London wird be-  
richtet: Der Transportarbeiter-Verband hatte zu Mit-  
woch eine Versammlung einberufen, zu der die am  
Streik beteiligten Körperhaften Vertreter gesandt  
hatten. Thomas und Bromley, die Führer der Eisen-  
bahner, berichteten über die Lage. Die Versammlung  
beschloß eine A b o r d n u n g, die aus Arthur Henderson  
und zehn anderen führenden Arbeitervertretern zu be-  
stehen hätte, zum Ministerpräsidenten zu schicken.  
Lord George empfing die Abordnung an demselben  
Mittwoch. Die Transportarbeiter-Versammlung kam  
am Abend erneut zusammen, um den Bericht der Ab-  
ordnung entgegenzunehmen. Sie stellte noch Anhörern  
des Berichtes einstimmig fest, daß der Streik lediglich  
ein wirtschaftlicher Streit für Löhne und bessere  
Arbeitsbedingungen sei.

108 Todesurteile gegen die indischen Aufstän-  
digen. Die Informationsstelle in London: Die  
englische Regierung hat die Aufständigen in Indien  
zu schweren Strafen verurteilt. 108 der Aufständigen  
wurden zum Tode, 265 zu lebenslänglicher Verbannung,  
104 mit mehr als drei Jahren Gefängnis und 356  
zum Verlust ihres gesamten Vermögens verurteilt. —  
Dasselbe englische Regierung hat es befürchtigt, gewagt  
den Raub der indischen Skarotten mit der grausamen  
und unmenslichen Behandlung der Eingeborenen durch  
die deutschen Kolonialbeamten zu begründen.

Die Verwägung der Wirtschaftsbeteiligten an die  
preussischen Staatsbeamten und Staatsarbeiter erfordert  
einen Betrag von 910 Millionen Mark. Zur teilweisen  
Deckung der Ausgaben ist eine nachträgliche Erhöhung der  
Zuschläge zur Ergänzungssteuer notwendig geworden. Sie  
sollen um 100 Prozent erhöht werden.

## Provinz und Nachbarstaaten.

Sachsen, den 3. Oktober 1919

Die beantragten Wahlkarten für Abgeordnete  
sind am Sonnabend den 4. Oktober vormittags im Polizeib-  
ureau abgeholt.

Wasserleitung. Was man der weichen Baden in  
Zwehren als noch in sehr weiter Ferne liegend kann für  
möglich hielt, ist nun sehr schnell Lausde geworden. Der  
Vertrag zur Wasserleitung der Stadt Zwehren ist gemacht.  
Gegen das Willkür in der vorherigen Stadtsitzung  
wird in den nächsten Wochen das Stück von der D-Inspr-  
leitung von der Quelle im Garten des Gutsh. Schlat am  
Ende der D-Inspr. bis zur entstehenden Siedlung an dem  
Waldhöfchen festgelegt werden. Der mit der Ausfüh-  
rung beauftragten Firma Kupfer. Hoffen ist es gelungen,  
die erforderlichen Leistungen sehr schnell zu bekommen.  
Derselben sind bereits an Ort und Stelle angehen und  
sollen mit den ersten Anschlagsarbeiten beginnen werden.  
Das sehrbringende Werk wird nach Fertigstellung  
höchstlich auch die Leute von seiner Notwendigkeit überzeu-  
gen, die noch heute eine Wasserleitung für Zwehren als  
unerlaubter Luxus betrachten. Freilich vor j. und so viel  
Jahren hätte die Wasserleitung nicht den 8. Teil der  
heutigen Kosten erfordert. Warum hat man sich damals  
nicht angesetzt? Wieviel Tugendworte wären und dem, wieviel  
Zeit und Kraft durch das Aufhalten von weicher erlangt  
für andere Zwecke gemacht worden! Man muß  
es doch sein, trotz der hohen Kosten!

Die verhehl. E. R. und der Schuhwerkmeister. M. R.,  
beide von hier, gingen, erstere am Sonntag, letzterer am  
Mittwoch infolge ihrer Verurteilung, in M. R. in den  
Tod. R., dessen Namen um Kriegesjahre gelassen hatten,  
zeigte sich in letzter Zeit aus Anlaß einer Miets- und  
nicht erregt.

Der Verleumdung. Der Amtmann Herr. R. wurde  
am Mittwoch auf Grund des Alterschicksales der Titel  
Frau sowie der Familienname ihres verstorbenen Ver-  
wärters des Oberpost-Assistenten Herrn Hans Hempel ver-  
lassen.

Kannberg, 1. Okt. (Sachsen-Anhalt) Auf dem Haupt-  
bahnhof in der Nähe des Großherzoglichen Regiments  
Mittwoch früh zwei Züge zusammen. Ein Güterzug,  
den Kelling, fuhr in einen Militärtransportzug hin-  
ein, der mit heimkehrenden Kriegsgefangenen in der Richtung  
nach Halle von hier aus abgegangen war. Schließungsweise  
sind 50 nicht zu bezogen, aber eine größere Anzahl der  
Heimkehrenden wurde noch, je nahe der Heimat, verlegt.  
Die Verlegungen sind leichtes, so daß die meisten noch ge-  
hen konnten, außer einem, der, weil er in dem Wagen  
sah, in dem die Lokomotive des Güterzuges hineinfuhr,  
schwerer verletzt wurde. Die Personenwagen wurden umgeren-  
tert und verpackt, während die übrigen Wagen ein  
Stück weiterrollten. Die Maschine des Güterzuges wurde  
durch den Zusammenstoß ebenfalls beschädigt, wie der  
offene Wagen. Der Bahnverkehr erlitt eine längere Un-  
terbrechung. Am Montag 6 Uhr vormittags fuhr der  
Güterzug 6092 das auf Post fahende Einheitspaar  
der Station Raumburg und fuhr dem ausfahrenden Eisen-  
zug 139 in die Halle, von dem zwei Wagen entgleisten.  
Getötet wurde niemand. Vier Soldaten des Zuges 139  
wurden leicht verletzt und sofort nach dem Garnisonlazarett  
Raumburg gebracht. Da durch den Unfall viele Dampfkessel  
geleert waren, wurde der Personenverkehr durch Unfällen  
aufrecht erhalten, der Schwereverkehr aber Halle-Ganger-  
hausen und Leipzig-Gera-Weimar angehalten. Die Auf-  
sichtsarbeiten waren am 3. Uhr nachmittags beendet, zu  
gleicher Zeit wurde der Betrieb in vollen Umfang wieder  
aufgenommen.

Wersburg, 29. Sept. Von Feldbüben ermerdet wurde  
in der Kur Unterbüdungen der Gubernementsmeister  
Johann von Wansleben durch einen Pistolenschuß aus grö-  
ßerer Entfernung. Erschossener stellte mehrere Feld-  
bünde und trat auf einen Schuß auf diese abzugeben. Der  
Regierungspräsident hat auf die Ermittlung der Täter eine  
Belohnung von 3000 M. ausgesetzt.

Gera. Ein Spielhölle war vor einigen Wochen in der  
Wirtsch. in der Kontinentstraße in Gera geschlossen  
worden. Jetzt wurde dem Anhaber der Wirtsch. die Schen-  
kenerlaubnis entzogen. In der Wirtsch. wurde sehr hoch und  
entsprechend auch sehr geliebt. Ein Wirtsch. hatte etwa  
100 000 M. in der Spielhölle verloren und sich dann bei  
Schleier erschossene, seine Familie am zurückzulassen.

Leipzig, 30. Sept. Nachts sind zwei Diebstahl, die  
der bürgerlichen Garnison angehören, im bürgerlichen  
einbrochen worden. Seit längerer Zeit war im Mittelsch  
während der Nacht allehand viel veräußert worden. Es  
hatten infolgedessen zwei Reichsrichter von einem Mittag zum  
anderen Nachtarbeit, hatten sich tagtäglich im Feld aber  
in nächster Nähe aufgehoben, nachts schliefen sie dort.  
Vermutlich sind sie überfallen und mit ihren eigenen Waffen  
erschossen worden. Erst am Sonnabend mittag bei der Ab-  
scheidung wurde die Tat entdeckt.

Siedlitz, 30. Sept. Landrat Müller ist es gelungen,  
einen abgemessenen Lebensmittelfischer unter den Angehörigen  
des Landratsamtes unerschuldlich zu machen. Der Disziplin-  
ausschuss, der Vorkommen d. s. Beamten- und Angestellten-  
auswärtigen in Landratsamt war, hat unter Penang von  
am linken Formulare und Stempel. 201 Januar Werke  
vertrieben. Es war jedoch dem Landrat nicht möglich, die  
in Manteln noch rechtzeitig beschlagnahmen zu lassen.  
Weiter wurden auch andere Gebühungen mit sehr hohen  
und selteneren zur Last gelegt. Küber den genannten  
Schleierbeeren wird sich der ungetreue Angestellte auch noch  
wegen Missetätigkeit und Verzug zu verantworten  
haben. Der Fehler der allein bei der Gefährdung  
8000 M. wertende, wurde sofort verhaftet. Die Angelegen-  
heit greift auch auf die Eisenbahnbeamten vertrieben: Vers-  
handlungen aber.

Halle, 1. Okt. Dieser Tage traf hier ein Transport  
Kriegsgefangener ein, der auf seinem Marsche durch Belgien  
während der letzten Eisenbahn mit Gasgranaten angegrif-  
fen wurde, wobei leider fast vor der Hölle nach der Heimat  
sieben deutsche Kameraden getötet wurden.

Gutes Friedensbier — aber nicht für uns!  
Dieses Verneinung vollständigen Exportbieres hat die  
deutsche Regierung eine Reihe von Bräueren, die  
in der Kriegszeit ausländische Bierneher hatten,  
sehr teures amerikanisches Maß freigegeben. Der Bier-  
bezug des exports deutschen Bieres zum Zweck  
der Bedung der Baluta ist Landtage geworden. Letztlich  
passieren die ersten Maßnahmen Minderer  
Händlerbräuer in vorzüglicher Friedensqualität mit 11  
bis 12 Prozent Stammwürzegehalt die Schweiz  
Grenze. — Es ist dies höchst bedauerlich für die trau-  
rige Lage Deutschlands, daß wir das gute Bier zum  
Bedung unserer Baluta an das Ausland abgeben müs-  
sen, während wir in Deutschland uns mit dem dünnen  
Einheitsbier zufriedener geben müssen. Nebenbei be-  
merkt, stellt sich der Preis dieses Bieres auf 20 M.  
der Hektoliter gegen 20 M. in Friedenszeiten, würde  
also für die meisten Deutschen unerschwinglich sein, außer  
der niedrige Stand der deutschen Baluta ihn für  
das Ausland erträglich macht.

Warum wird es gebadet? Es ist wiederholt  
darauf hingewiesen, daß der Viehzüchter das Raub mit  
700 Mark bezahlt erhalten hat, während der Abnehmer  
aber solche Geschäfte überhaupt gebadet? Ein Raub  
ist doch schließlich kein Diebstahl, wie eine Steu-  
de, die zwischen den Fingern verfahren gehen kann. Das  
heißt gerade das Unwahrscheinliche bei den heutigen Verhält-  
nissen, daß allekostenhaft, wie heillos es steht, aber  
das rechte Eingreifen fehlt.

## Vermischtes.

Gelehrtenmehlerei. Im Braunschweig kann es  
im Kreisumfang zu großen Unruhen und einer Teil  
mehreren Tagen vorläufig vorbereiteten Meuterei der  
Gefangenen. Von den in einem Namen mit dem Zeh-  
nebenen von Holz beschäftigten Gefangenen drängen  
15 nach vorheriger Verhandlung auf den Gefängnis-  
wärter ein, übermäßigen Im, verbindlichen Im am  
Schweden und schloffen Im in einen Raum ein. Dar-  
auf trübte die mit diesem beauftragte Maschine den Ver-



ganze des Gefängnisses zu. Der Förster drohen sie mit dem Tode zu erschlagen, wenn er ihnen den Weg nicht freigegeben würde. Einige in der Nähe sich aufhaltende Gefangene kamen dem drohenden Mord zu Hilfe. Dann drangen die Meuterer in die Büros ein, nahmen den Beamten, von denen mehrere verletzt wurden, die Schlüssel weg und öffneten die Tore. Die Meuterer hatten die Absicht, sämtliche Gefangene der Straf-anstalt zu befreien. Die zu Hilfe gerufene Reichswehr verhielt sich weiteil zurück. Von der Meuterer sind entkommen, zwei sind jedoch wieder eingekerkert worden.

### Banknotendiebstahl bei der Herstellung.

Das Schmutzstück I Berlin verhandelte am Mittwoch gegen vier Banknotendiebstahl, die falsche Fünfzigmark Scheine in riesiger Zahl in den Verkehr gebracht hatten. Angeklagt waren die Maschinenmeister Wilhelm Benta und Theodor Paleff.

Beide waren in der Druckeri von Siebel u. Co. beschäftigt, die unter Aufsicht der Reichsbank „Notennoten“ herstellte. Im November d. J. vernahm man eines Morgens 500 Bogen mit insgesamt 8000 Fünfzigmark Scheinen. Es handelte sich um Scheine, denen nur noch die rote Nummer aufgedruckt war. Da man zunächst an einen Diebstahl dachte, wurde die Meldung an die Reichsbank telegraphisch gemeldet. Am 1. Februar d. J. erhielt die Reichsbank den Diebstahl. Inzwischen hatten Benta und Paleff, die beiden Diebe, große Summen Geldes durch den Diebstahl in ihrer Tasche in der Kasse der Druckeri einschließen lassen und ein Kiste der fest verschlossenen Scheine, die er in der Kasse verpackt, feierte am auf dem Hochbarrig abführenden Mittelfeld zum Vorkommen. Die beiden verpackten sich dann eine Maschine und brachten sie nach mehreren roten Nummern auf die Scheine. Dies Umwecheln erfolgte, indem sie Einkäufe in Ladengeschäften machten oder Postanweisungen an ihre eigene Adresse gaben. Diese Geldbündel führten schließlich auf die Spur der Täter, bei denen man für 288000 Mark gefälschte Scheine und 6000 Mark bares Geld vorfand, außerdem hatten sie ein Bankguthaben von 10000 Mark. Die Summe von 90000 Mark fehlt, ihr Verbleib ist nicht aufgeklärt worden.

Die Geschworenen verneinten die Frage nach milderen Umständen. Das Gericht verurteilte Benta zu drei Jahren, Paleff zu zwei Jahren 6 Monaten Zuchthaus.

**Bestall der Meierlandwirtschafte in Sachsen.** Ab 2. Oktober 1919 wird die Einrichtung der Meierlandwirtschafte im Bereich der sächsischen Staatsrentenverwaltung verändertes aufgehoben. Vom folgenden Zeitpunkt an werden auch Behälterarten wieder ausgegeben.

**Der Protokoll Hans Platz der Reichsstelle für Gewerbe und Obd.** der die gesamten Transportvorrichtungen der Reichsstelle an die „Mian“ vergeben hat, soll an „Provision“ 1 1/2 Millionen Mark erhalten. Vom Reich gegen das Behördungsverhalten in Einhalten tragen ihn gestellt worden.

**Ein neuer Kasernenbau in Berlin.** bei der Generalkriegsplan in der Köpenicker Straße in Berlin ist ein Diebstahl von über einer halben Million entdeckt worden, die der Angestellte Buchhalter Jung gemeinsam mit vier Freunden, die nicht in der Kriegsplan angestellt sind, seit April entwendet hat. Jung hatte sich die Exemplar der Generalkriegsplan

verschafft mit Hilfe deren er erst größere Beträge von 60 000 und 40 000 Mark herausgeschwändelte. Es wies die Beträge an und veranlasste ihre Auszahlung. Er fürchtete jedoch, daß der Betrag entdeckt würde, weshalb er einen Einbruch in der Kasse vorzuziehen wollte. Fallweise Einbruch nicht gelingen sollte, war verabredet worden, die Kriegskasse in Brand zu stecken. Einer der Mitwisser des Planes verlor jedoch den Mut und erstattete vorher Anzeige bei der Polizei, worauf die Verhaftung der anderen Beteiligten erfolgen konnte.

### Todesurteil wegen Mittermordes.

Das Schwurgericht in Offen verurteilte nach dreitägiger Verhandlung den 23jährigen Schlosser Friedrich Jumbusch wegen Ermordung seiner Mutter in Tateinheit mit Mord zum Tode. Sein Bruder, der Gelehrte angeklagter Bruder, der 18jährige Montageschlosser Josef Jumbusch, wurde mit 6 Monaten Gefängnis bestraft. Friedrich Jumbusch schlug seine Mutter mit einem Schloßhammer nieder, legte ihr sodann einen Strick um den Hals, ertränkte sie und raubte 5000 Mark.

### Die Berliner Mätklercher stellen neue Gehaltsforderungen.

Die Kundenbanken — das sind ehemalige Kuttcher, die die Mätklercher kontrollieren — verlangen im ersten Jahre 820 Mark, im zweiten Jahre 670 Mark und später 850 Mark monatlich. Die Kuttcher wollen jetzt die Mätklercher Lohn haben. Ferner fordern sie jährlich vier Wochen Urlaub. Das alles sollen die Hausbesitzer bezahlen. Der Hausbesitzer, der bis zum Jahre 100 Mark zahlte, soll jetzt 1200 Mark für die Mätklercher zahlen. Der Wund der Grundbesitzervereine lehnte es ab, auf Grund solcher ungeheurer Forderungen den Betrag für die Mätklercher zu verlängern, und so dürfte es zu einem Streik der Mätklercher kommen.

### Dreizehn Trümpfe.

Erzählung von R. Wilmann. Vereidigte Uebersetzung aus dem Englischen von K. Wilmann.

Sie sind ein junger Mann, der kann sich selbst kennt. Es ist Ihr erstes Verleihen, von dem man immer glaubt, daß es ewig dauert. Meistens geht es aber schnell wieder vorüber. Es geschieht hauptsächlich in Ihrem eigenen Interesse, wenn ich diese vielen Worte brauche. Mein Entschluß ist gefast: Ich habe meine Tochter zu einer tüchtigen Ärztin erzogen; ich weiß, daß sie unter Ihren Kollegen und Verwandten einen guten Namen hat. Virgine wird immer Engagement bekommen. Deshalb soll sie auch in ihrem Stande bleiben, deshalb auch einen Arzt heiraten.

Sie hat aber gar keine Lust zum Arztleben! Dr. Clard wurde vor unterdrückter Heftigkeit blutrot, und eine drohende Geste zeigte ihm zwischen seinen Augenbrauen.

Wissen Sie sich das eine saene, junger Mann: Sitten Sie sich daran, meiner Tochter Fliegen in den Kopf zu setzen, denn darin verleihe ich keinen Sporn. Damit verderben Sie nicht nur das Mädchen, sondern auch mich und mein Geschäft. Ich habe Virgine gelehrt, was sie kann, und daß sie keine Zeit zum Arztleben, so ist Ihre Mutter doch gefordert, daß sie ihr Brot nicht bei Fremden zu verdienen braucht. Von Ihnen verleihe ich mir, daß Sie ihr mit Ihren hübschen Neben die Lust zur Arbeit und die Achtung vor dem Stande rauben, dem sie, eben wie ihr Vater und Großvater, angehört. Und hiermit laue ich Ihnen das Wort und bitte Sie, sich nicht

unter in unterer Gesellschaft zu zeigen. Das Sie der Birkus beenden, sich meine Tochter ansehen, sie bemerken und ihr Bittetst senden, kann ich Ihnen nicht verbieten. Daselbe Recht steht einem jeden zu, der eine Eintrittskarte kauft und bezahlt. Aber gesellschaftlich möchte ich Sie nicht wieder zu treffen. Sollten Sie einmal auf andere und bessere Gedanken kommen, so will ich Ihnen gestatten, mir Ihre Verlobungsanzeige zu senden. Damit zeigen Sie mir Ihre Dankbarkeit dafür, daß ich Sie vor einer Dummheit bewahrt habe. Gute Nacht!

Das letzte Wort klang so bestimmt, daß Solger Werner sich unwillkürlich erhob. In seiner Verlegenheit wollte er, um sich etwas zu schaffen zu machen, aber einer der Bankbeamten leuchtete lang ausgestreckte Zigarette an, Dr. Clard nahm sie ihm aber ganz ruhig aus dem Munde und sagte:

„Draußen ist das Tabakrauchen verboten!“ Und damit öffnete er, ohne weiter ein Wort zu verlieren, die Tür zu dem hell baldunten Saal, wo sich nur noch einige Stallknechte mit den Reitpferden zu schaffen machten.

### 8. Kapitel.

Vier Tage nach diesem Austritt empfing Mr. Clard einen großen, eingeschriebenen Brief, der dem Äußeren nach Dokumente enthielt.

Er öffnete das Kuvert. Es enthielt ein Schreiben von Solger Werner und in einem zweiten Kuvert mehrere Schriftstücke. Der Brief lautete folgendermaßen:

Paris, 28. August.

Sehr geehrter Herr Clard! Am die Zweifel zu beseitigen, die Sie in Laufe unserer letzten Unterredung in bezug auf die Darstellung meiner Verhältnisse angedeutet oder doch durchschimmern ließen, erlaube ich mir, Ihnen hierbei eine Reihe Punkte aufzustellen, die ich mir mit meinem Rechtsanwalt in Dänemark senden ließ. Nachdem Sie sich mit dem Inhalt derselben bekannt gemacht haben, hoffe ich, daß Sie kein weiteres Mißtrauen gegen mich hegen und daß Sie Ihnen Entschuldigungen werden.

Über den Bauern geht hervor: daß ich der Witte des am 28. September vorigen Jahres verstorbenen Ostbesizers Georg Eduard David Werner bin;

daß dieser mich am 7. Juli desselben Jahres zum Universalarben, festzettel zum Erben des Gütes Ströndal, eingesetzt hat;

daß dieses Gut einen Ertrag von drei Millionen Kronen hat, während die ganze Hypothekenslast sich auf nur 90 000 Kronen beläuft;

daß dieses Gut mir nur unter der Voraussetzung zufällt, daß ich mich im Laufe eines Jahres, vom Todeslage des Testators gerechnet, also bis zum 29. September dieses Jahres, mittags 12 Uhr, verheiratet habe;

daß das ganze Erbe im entgegengesetzten Falle auf meinen Vetter Harald Olof Grene übergeht;

Nachdem Sie sich über den Stand meiner Verhältnisse unterrichtet haben, bin ich überzeugt, daß jeder Zweifel an der Richtigkeit meiner Angaben beseitigt ist.

Gleichzeitig wiederhole ich hiermit schriftlich meine Bitte, mir Ihre Tochter Virgine als Gattin zu geben, indem ich eine Verdächtige meiner Witte beleihe, so der ich mir nicht freiheit in dieser Angelegenheit ist.

Ihre gütige Antwort erwarte ich, seitdem ich hochachtungsvoll ersuchen, Solger Werner. (Fortsetzung folgt.)

### Randpreisverhöhung im Landkreise Weißenfels

Vom 1. Oktober d. J. ab wird der Kleinhandelspreis eis für weißen Randis auf 75 Pfg. für das Pfund festgelegt. Die Preisfestlegung für Weißrandis vom 30. Oktober d. J. wird hiermit aufgehoben.

Weißenfels, den 30. September 1919.

Der Vorsitzende des Kreisamtschusses. Bartels, Landrat.

### Amerikanisches Schweinefleisch.

Zur Vermeidung des Weichmachens des amerantischen Schweinefleisches hat die Provinzialfleischstelle der Bevölkerung nachstehendes Sachverhältnis-Merkmal empfohlen: Das amerantische Schweinefleisch ist zunächst in lauwarmem Wasser zu waschen und dann ungefähr 5 Stunden in warmem Wasser liegen zu lassen. Hieraus ist das Fleisch 12—15 Stunden, in kaltem Wasser zu legen. Sehr zu empfehlen ist, dem kalten Wasser etwas übermanganaufes Kali beizumengen / Fleisch und Speck können hierauf geräuchert, gebackt oder g braten werden. Durch diese Behandlung verliert die Ware jeden Weichmach. Weißenfels, den 29. September 1919.

Der Vorsitzende des Kreisamtschusses. Bartels, Landrat.

In unrer Handelsregister Abteilung A ist am 24. September 1919 unter Nummer 57 die Firma Defabr Ulfand Kindt & Co. zu Hamburg mit einer Zweigniederlassung in Teuchern unter der Firma Defabr Ulfand Kindt & Co. Zweigniederlassung Teuchern und als deren Inhaber der Kaufmann Ulfand Kindt in Hamburg eingetragen worden. Weiter ist eingetragen worden, daß der Friede Kindt, geb. Reibel in Hamburg und dem August Ulfand in Teuchern Prokura erteilt ist. Teuchern, den 24. September 1919.

### Amtsgericht.

Die Firma G. Juch u. Sohn, Dampfzigelei Obermerichen G. m. b. H. in Teuchern, beabsichtigt zur Kohlenverabradung von der Gube Karte die Uebertragung des Gemeindefonds des Guben-Obermerichen herzustellen. Die Pläne hierüber liegen vom 6. Oktober d. J. ab auf die Dauer von 2 Wochen im Büro des Herrn Amtsrichters in Teuchern zu jedermanns Einsicht offen. Es steht jedem Verletzten frei, in Umfang seines Interesses während der Plänezeit schriftl. Einwendungen gegen den Plan bei dem Herrn Amtsrichters in Teuchern schriftl. oder durch Protokoll geltend zu machen. Auch die in Betracht kommenden Gemeindefürsorge können Einwendungen gegen den Plan erheben. Weißenfels, den 2. Oktober 1919.

Der Landrat. J. V. Zeller, Kreisfiskus.

Wegen Ausschreibung von Wasserleitungsarbeiten ist die Verbindungsstraße von der Pegauer bis zur Höhenstraße des auf Wasser gesperrt. Teuchern, den 3. Oktober 1919.

Der Magistrat. Zimmermann

**Eine Grube Dünger** ist zu verkaufen. **Ein Fahrrad** mit guter Verleihe, ist zu verkaufen. Interner Berge 13. Schützenstr. Nr. 25.

### Kirchliche Nachrichten

am 16. Sonntag n. Tr. (5. 10. 19) Tende: n. Vorm. 10. Uhr Predigt, danach Beichte u. h. Abendmahl. Oberpf. Wlgenmann. Gebeten: Nachm. 1 1/2 Uhr Predigt Oberpf. Wlgenmann. Scheffau: Vorm. 9 Uhr Pfr. Leigmann

### Sanitäts-Kolone vom Roten Kreuz.

Sonnabend abends 8 Uhr Versammlung Sportvereinig.

Dienstag, den 7. Oktober d. J. abends 1/2 8 Uhr in der Angermannschen Restauration

### Verammlung

Das Erscheinen ist dringend notwendig. Der Vorstand.

### Knecht

bei hohem Lohn für sofort gesucht. O. Veraer.

### Aufwartung

14—16 jähriges Mädchen für den ganzen Tag u. Nacht. Badstr. 5.

### Geschirrfürer

Wollt sofort ein Landmann, Mühlh.

**Dienstmädchen erhält,** wer die Aufsicht führung, auch zur Anweisung bereit.

### Lebensmittel.

Zum Verkauf kommen: 1. Am 4. Oktober 1919 in den Butterverkaufsstellen von Dörfertorn, Rupp, Pfeiffer, Lengauer, Müller und Albert Barfel a) auf die Fettmarke Nr. 1 **50 Gramm Margarine** zum Preise von 35 Pfg. 2. Am 4. Oktober 1919 in dem Schulhaus in der Heiserstraße auf die Fleischmarke Nr. 3 an die Inhaber der Verkaufsnummern 762 bis 880 1/2 **Pfund Wurst**. Brotmarkenzeichen sind vorzulegen. 3. Am 4. Oktober 1919 bei der Handelsfrau Anna Sofortorn auf Verkaufsnummern 1—100 für jede Person 1/2 **Pfund Quark** zum Preise von 65 Pfg. Brotmarkenzeichen sind vorzulegen. Teuchern, den 2. Oktober 1919.

Der Magistrat. Zimmermann.

### Tischlampen, Küchenlampen, Nachtlampen

empfehlen in allen Preislagen **Ferd. Gresse.**

Ein echtes 2 jähriges **Schweizer-Ziegenbock** steht zur Benutzung.

### Arbeitsnachweis Teuchern

Aufsteller für die Wasserleitung, Knechte, Mägde, Landmädchen, 2 Arbeiterinnen, Laeischler am Oct.

### Photographischer Apparat

nebst sechs Koffer und Platten **1 Gitarre, Zitter** mit Platten zu verkaufen. Wo sagt die Gze d. Bl.

Wir gratulieren unseren wertigen Mitgliedern **Walter Dobisch u. Alma Härich** zu ihren Weingärten und hoffen, daß sie noch viele Jahre in unserer Mitte verbleiben mögen. **Gesellschafts-Beitrag** werden. Es ist bloß wegen dem

### Entlassungs-Anzug

zu verkaufen



**Rübingabeln  
Rübenheber  
Rübenspaten  
Rübensicheln  
Rübenmesser**

empfehlte zu billigsten Preisen

**Ferd. Gresse.**

**Geschäftshaus Emil Schieke**

Zur goldenen Ecke.

Das Neueste in  
**Herren-, Burfchen- u. Knaben-Wtern,  
Anzügen, Hofen**

eingetroffen: Ferner das Neueste in  
**Damen-, Badfifch- und Kinder-Hüten**  
sowie **fämtliche Zutaten** billigst.  
Auch von mir nicht gefaufte Hüte werden sofort gefchmackvoll um-  
gearbeitet.

**Zerkleinerungsmühlen  
Fleifchhackmafchine  
Reibmafchinen  
Kaffeemühlen  
Wandkaffeemühlen  
Wirtschaftswagen  
Pfeffermühlen**

empfehlte in groffer Answahl  
**Ferd. Gresse.**

Seine Verlobung mit Fräulein Hildegard Förtsch,  
einzig Tochter des Herrn Hofbesizers Franz  
Förtsch und feiner Frau Gemahlin Berta, geb. Hei-  
necke z. Balgftädt a. U. beehrt fih ergebenft anzuzeigen.  
Grube Hermine-Henriette 1, den 5. Oktober 1919.  
bei Osendorf (Bez. Halle)

**Alfred Schumann,**  
Buchhalter.

**Sportplatz.**

Sonntag, den 5. Oktober d. J. abends 4 Uhr  
**Verbands-Wettspiel**  
Sportvereinigung 05 3, Rannburg  
gegen  
Sportvereinigung 2, Teuchern.  
Schiedsrichter: Sportklub, Weiffenfels.

**Lichtspiele „Weiße Wand“**

Heute und Sonnabend  
beginnen die Vorführungen  
**Die Reife um die Erde in 80 Tagen**

Sonntag: Neues Programm  
Hella Moja!  
**Weine nicht, Mutter**  
Drama in 4 Akten.

Hanne Trinkmann  
**Hotel Wasserhofe**  
Lustspiel in 2 Akten.

Sonntag 2<sup>1/2</sup> Uhr Kindervorstellung.

Um recht zahlreichen Besuch bittet  
..... **W. HÖHN.**

**Teuchern.**

Die Anmeldungen zur  
**Volks-Hochschule**  
finden statt:  
Sonntags v. 11—12 Uhr  
Werktags v. 5—6 Uhr

**Wirrhaar**

faufte zu hohen Preifen  
auch empfehlte fih in Anfertigung  
fämtlicher Haararbeiten

**Albert Herrmann**  
Herren- und Damen- Feifferegefhäft  
Steinweg 5.

**Getragene Filzhüte**  
zum Umpreffen nimmt an  
**Hugo Gifäner,**  
Steinweg.

**Zum Norddeutschen Hof**

Sonntag, den 5. Oktober

**Ballmusik**

Anfang 4 Uhr  
**H. Wahler.**

**Gasthof zur Hoffnung**  
**Oberweiffchen**  
zur

**Ballmusik**

Sonntag, den 5. Okt.  
label freunblichft ein

**D. Rünftler.**

**Gasthof Gröben**

Sonnabend und Sonntag  
**Enten-Auskegeln**

**A. Arlt.**

**Burkhardts Restaurant**

Sonnabend, abend

**Enten-**

**Auskegeln**

**Schirmers Restaurant**

Heute Sonnabend

**Enten-Auskegeln**

**Teuchern Schützenplatz**

(Gemütliche Ecke)

**W. Biles Kunst-Figuren**

Theater.  
Freitag, den 3. 10. 19  
fonmt zur Aufführung

**Toni**

Das Regereheldenmädchen

Sonnabend, den 4. Oktober

**Die Schule des Lebens**

Lustspiel in 4 Akten.

Sonntag, den 5. Oktober

**Neul**

Die fchöne Klosterhotbäuerin

Volleftück in 4 Akten

Nachmittag 3 Uhr groffe

Kindervorstellung

**Pfalzgräfin Genoveva**

u. die zahme Hirschkuh

6 Akte

Es label freunblichft ein **W. Bilt.**

**Todesanzeige.**

Mittwoch Nachmittag 1/4  
Uhr entfchlieft fanft nach  
kurzem, fchweren Leiden un-  
fer heiffgeliebtes Pflegekind  
**Werner Schmeiffser**  
im Alter von 6 Monaten.  
Dies zeigen an  
Die tieftrauernden  
Pflegeeltern, Mutter und  
Grosseltern.  
Teuchern, d. 1. Okt. 1919.  
Die Beerdigung findet Sonn-  
abend statt.

**Achtung!**

**Achtung!**

Sonntag, d. 5. Oktober 1919  
veranstaltet die „Freie foz. Jugend“ im **Gasthof**  
zum grünen Baum einen

**Theaterabend.**

Aufgeführt wird

**„Im Kampf“**

Drama aus dem Arbeiterleben in 4 Akten.  
Wozu wir die gefamte Arbeiterschaft von Teuchern  
und Umg. ergeb. einladen

**Freie fozialiftifche Jugend Teuchern.**

**Gasthof Runthal.**

Sonntag, den 5. Oktober findet im **Gasthof Runthal**

**Grosser Liederabend**

ausgeführt von den Vereinen: Gem. Chor Feig, Gem. u. Männer-Chor  
Ludenan, Gröben-Runthal und Teuchern unter Leitung des Herrn Walter  
Dittmar, Weiffenfels ftatt.

**Vor und nach dem Konzert Ball.**

Anfang des Balles 4 Uhr. Anfang des Konzerts 7 Uhr.

Zu zahlreichem Besuch laden ein

**Gem. Chor Gröben-Runthal. Der Wirt.**

Für die zahlreichen Beweife aufrichtiger Teilnahme  
anlässlich des Todes meiner lieben Frau, unserer guten  
Mutter, Schwieger-, Grossmutter, Schwestern, Schwägerin  
und Tante der Frau Malermeister

**Emilie Klause**

geb. Schumann  
fprechen wir unseren tiefgefühlten Dank aus. Dank auch  
Herrn Pfarrer Leitzmann sowie den lieben Trägern.

Im Namen der Hinterbliebenen

**Georg Klause,** Malermeister  
und Söhne.

**Todesanzeige.**

Donnerstag Mittag verschied nach kurzem Leiden  
meine liebe Frau unsere gute Mutter und Tochter

**Frau Agnes Busch**

geb. Müller

im 41. Lebensjahre.

Dies zeigt tiefbetrußt an

**Familie H. Busch und Mutter.**

Die Beerdigung findet Sonntag Nachmittag 3<sup>1/2</sup> Uhr statt.

**Todesanzeige.**

Hiermit zur Kenntnis, dass Mittwoch Abend 9 Uhr  
mein lieber Mann, unser guter Vater der Invalid

**Alfred Pässler**

fanft verschieden ist.

Dies zeigt mit der Bitte um stilles Beileid an

**Frau Pauline Pässler**  
nebst Kindern und Verwandten.

Die Beerdigung findet Sonntag Mittag 1<sup>1/2</sup> Uhr  
von der Leichenhalle aus statt.

**Todesanzeige.**

Am 1. Oktober starb unerwartet mein herzenguter  
Mann, unser treusorgender Vater der

**Schuhmachermeister**

**Albin Kärmer**

im fast vollendeten 44. Lebensjahre.

Dies zeigen in unsagbarem Weh an

**Minna Kärmer,** geb. Naumann

**Paul Kärmer**

**Irma Kärmer.**

Teuchern, den 1. Oktober 1919.



# Wöchentliches Anzeiger

für Teuchern

und Umgegend



Anzeigenpreis: Die fünfgeheftene Lokalausgabe 20, Restausgabe 40 Pf.

Aufgenahmestelle in der Gedächtnisstraße dieses Platzes, Zeitungsbüro 10 bis spätestens vorabends 9 Uhr. Anzeigen und sonstige Anfragen müssen am vorhergehenden Tage in unsere Hände sein.

Ersteinstausch 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 7 Uhr für den folgenden Tag.

Betriebsführer Besuchspreis: durch unsere Gedächtnisstraße 2,10 Pf. von unseren Seiten ins Haus gebracht 2,35 Pf. und durch den Briefträger 2,35 Pf.

Betriebsführer und monatliche Besuche werden außer in der Gedächtnisstraße, Zeitungsbüro 10, auch von unseren Seiten und allen Bekanntheiten angenommen.

Amtesliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

Nr. 117.

Sonnabend, den 4. Oktober 1919.

38. Jahrgang.

## Die letzte Woche.

Ein Jahr ist vergangen, seitdem der damalige Reichspräsident Prinz Max von Baden den Präsidenten Wilson in Washington unter Anerkennung seiner 14 Punkte als Friedensbedingungen um den Waffenstillstand ersuchte, von dem Deutschland eine baldige Einstellung der Feindseligkeiten und einen Frieden der Gerechtigkeit erwartete. Die Kämpfe endeten am 11. November 1918, der Frieden, nicht des Friedens, sondern der barten Gewalt wurde am 28. Juni 1919 in Versailles unterzeichnet, aber einen wahren Friedenszustand haben wir nicht gesehen, daß bei unseren anderen Feinden und Wilson, in Frankreich bleiben zu dürfen, wo den Soldaten eine Ansiedlung zugesichert war, hat die Entente zu der Drohung veranlaßt, die Lieferung von Lebensmitteln und Rohmaterialien an Deutschland zu sperren. Ohne Grund! Denn Deutschland vergrößerte bereits auf die baltischen Gebiete, also reichlich auch die Besiedlungsfrage zwischen den beiden Soldaten und der neuen französischen Regierung von selbst lösen. Von Paris und von London aus hat man mit dieser Drohung Deutschland alles andere, nur kein Zeichen der Barmherzigkeit gegeben, das verstanden werden müßte.

Auslandswegens an der Wasserfront geht zu Ende. Der Metallarbeiterstreik hält noch an. Man wird es im Rückblick nicht mehr bedauern, daß bei unseren kriegsgeplagten Arbeiterverbänden die große Kolonnenkaufkraft von August vorigen in Berlin infolge des Streiks fast vollständig verloren gegangen ist. Auch in der Kohlenbefreiung ist noch keine Besserung eingetreten, dagegen hat die Kohlenarbeitervertrouung auf der Höhe, doch blühende Geltung gewonnen. Es ist fast sträflich zu nennen, daß heute am nächsten Morgen in dem Streiks organisiert werden, wo uns kaum das nackte Leben und die wirtschaftliche Existenz garantiert sind. Hungern, Frieren, Unordnung, das wären trübe Ausblicke für den Winter.

Die deutsche Nationalversammlung, die jetzt ihre Sitzungen wieder aufgenommen hat, steht vor den schwersten Aufgaben. Sie arbeitet jetzt wieder, nachdem die Tagung in Weimar im August abgeschlossen worden war, im Reichstagsgebäude in Berlin, das seit dem 8. November 1918 seinem Zweck nicht mehr gedient hat. Am 9. Dezember wurde die Republik proklamiert, der Reichstag aufgelöst, und in seinem Hause nisteten sich bald die Parteien ein, deren Spuren zu bezeichnen ein Werk von langen Wochen erforderte. Man mehr ist der geregelte Betrieb wieder aufgenommen, und die große Steuerfrage soll gelöst werden. Zu den von der Entente von uns verlangten enormen Kriegsentwicklungen haben wir gesagt, daß Deutschland nur zahlen kann, was innerhalb der Grenzen seiner Leistungsfähigkeit liegt. Und das ist es, was von den Steuern Abgaben, die nicht aufzubringen sind, dürfen auch nicht beschlössen werden.

Den Auseinandersetzungen über die Vorgeschichte des Krieges haben die Veröffentlichungen des Admirals von Tirpitz, des früheren Staatssekretärs unserer Marine, und des Grafen Werthold, des österreichischen Ministers des Auswärtigen im Jahr 1914, neue Klärung gegeben. Daß jeder die Schuld an verhängnisvollen Ereignissen von sich abwenden will, ist begreiflich, und man vermischt nur mit Bedauern, daß die Männer, die die Zustände vor dem Kriege heute rügen, nicht zur rechten Zeit gesprochen haben. Tirpitz kritisiert die Eigenliebe und das impulsive Wesen des Kaisers, sowie die diplomatische Ungeschicklichkeit des Reichskanzlers von Bethmann-Hollweg. Er hat aber i. H. verkannt, aus seiner Erkenntnis die erforderlichen Konsequenzen zu ziehen. Den U-Boot-Krieg von 1917 hält er für verpöndlich, zwei Jahre früher wäre diese unangenehme Maßnahme seiner Ansicht nach von vollem Erfolg gewesen. Graf Werthold bleibt dabei, Deutschland habe zur Auseinandersetzung mit Serbien getrieben, deren Verfall durch England verhindert sei. Er kann sich aber nicht von dem Vorwurf der einseitigen Handlungsweise frei machen, wo ihm doch bekannt war, wie sehr die habgierige Monarchie auf Deutschland angewiesen war.

Die Ratifizierung der Friedensverträge hat nach immer keine weitere Fortschritte gemacht, in der französischen Kammer ist sogar die Fortsetzung des Vertrages zum Zweck der vollständigen Enttauschung Deutschlands verlangt worden, gegen die sich aber auch der Premierminister Clemenceau gewendet hat. Er ist 79 Jahre alt geworden. In der an seinem Geburts-tage gehaltenen Rede hat er gesagt, daß Frankreich die Abzugsgrenze nicht haben wollte, aber auch betont, daß der Friede die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln sei. Wir müssen also, worin wir für die Zukunft mit Frankreich sind. Die englische Regierung hat ihre Sorgen mit dem großen Eisenbahnerstreik, dem gewiß noch andere allgemeine Zustände folgen werden. Der Gegenwärtige Lloyd George hat auch in dem englischen Arbeiterbewusstsein gegenüber den Unternehmern wachgerufen. Das italienische Ministerium tritt hat von der Demobilisierung in Rom ein Baum

vereinemischen Zuständen liegt i. des Vertrauens- vorum erhalten, aber damit ist der Zug d'Immunitas nach Hause seiner Abzug nicht näher gebracht. Da weder Italien, noch die Entente ernsthafte Maßnahmen ergreifen haben, die Feindschärfer aus der Stadt zu vertreiben, bereiten sich die Soldaten, denen eigene Zugelassen war, zum Angriff vor. Auch die Entente-männer in Paris werden nachdrücklich noch merken, daß auch für Sieger des Regieren gelernt sein will. Die inneren Kämpfe in England dauern fort, aber über die Wahrheit der Siegesbulletins besteht noch keine ein-wandfreie Klarheit. Die Entlassung des nordameri-kanischen Präsidenten Wilson war als ein schwerer Ver-wundtumsbruch bezeichnet. So gefährlich wird es aber wohl nicht sein. Wir haben von Wilson nichts zu erwarten, von seinem eventuellen Nachfolger aber kaum mehr.

## Die Umänderung des Reichskabinetts.

Die Verhandlungen über die Umänderung des Kabinetts haben sowohl in der Sache sowie bezüglich der Beteiligung der Ministerkassen zu einer vollen Entscheidung geführt. Die Demokraten übernehmen das Ministerium der Finanzen, dessen Leiter Reichsminister



Wir sind doch endlich abgemindert haben. Wenn die Wirtschaftskammer nicht so war, so war sie doch besser noch als die jetzige planlose Wirtschaft. Von der Entente soll man sich nicht zu große Illusionen machen. Das deutsche Volk wird erst genesen, wenn es seine geübten Nerven wieder hat.

Abg. Wurm (l. S.). Das Vertrauen des Auslands in unsere Kreditfähigkeit müssen wir wieder-gewinnen. Dazu ist nötig, daß die Arbeiter die Arbeit selbst regeln. Die Streiks werden von den Arbeitge-ber provoziert. Er vertritt die üblichen Forderungen der Unabhängigen, man sollte erst die innere Poli-tik ändern, dann werden auch die Beziehungen zum Ausland besser.

Reichsfinanzminister Erzberger: Eine Kom-mission von Sachverständigen die weiter die Gründe uneres Zahlungsnotstandes beraten soll, ist zusam-mengetreten und hat heute zum ersten Male getagt. Die Regie-rung achtet durchaus die Rechte der Arbeiter. Zur Lösung der Arbeitsnot ist ausreichende Zahlung zu angemessenen Preisen nötig. Die Regierung hat dafür 3,5 Milliarden ausgeschrieben, durch die eine Erhöhung der Zahlungsmittelbefreiung verhindert werden soll, diese Preispolitik will die Regierung systematisch fortsetzen. Der Kapitalvertrieb ins Ausland und dem Ban-notenhandel wird entgegengetreten werden. Eine Ba-lanzanleihe kann uns nicht dauernd helfen, ist augen-blicklich aber ein unentbehrliches Hilfsmittel zur Ver-berung unserer wirtschaftlichen Lage. Eine Auslands-erhöhungspolitik kann ich nicht befürworten. Deutschland hat genug Platz für seine 60 Millionen Einwohner, das deutsche Volk ist zu gut, um den Kulturdränger für fremde Nationen zu bilden.

Abg. Dr. Nieber (D. B.) hat das Eisen

der Aussprache zu lauschen. Die Sozialisten sind kein Mittel, die Produktion zu erhöhen. Die Revolution hat ein Herrenbewußtsein der Arbeiter geschaffen, das ebenso zu verurteilen sei wie das der Unternehmer. Die Baualaufgabe ist seine große Finanzfrage sondern hat eine allgemeine volkswirtschaftliche Bedeutung.

Die Arbeiter in den Bäckereien.

Es folgte die erste Beratung des Gesetzentwurfs zur Umänderung der Verordnung über die Arbeits-zeit in den Bäckereien und Konditoreien. Danach können die von den Landeszentralbehörden bestimmten Behörden auf Antrag eine Verkürzung der Länge der arbeitsfähigen Betriebszeiten um höchstens eine Stunde genehmigen. Nach der alten Verordnung darf in Bäckereien und Konditoreien an Sonn- und Feiertagen überhaupt nicht gearbeitet werden. Nach der neuen Vor-lage sollen von 6 1/2 bis 9 1/2 Uhr vormittags leicht verderbliche Konditorwaren hergestellt und ausgetro-ken werden können; ferner dürfen nach sechs Uhr abends während einer Stunde Bäckereien und Konditoreien zur Wiederaufnahme des regelmäßigen Betriebs am folgenden Wochentage notwendig sein.

Abg. Hartmann (Dem.) und Wiener (D. nat.) sind für Überweisung an die Kommission.

Abg. Wazgri (D. B.) stimmt der Vorlage zu.

## Preussische Landesversammlung.

Berlin, den 2. Oktober 1919.

Fortsetzung der Beratung des Staats des Finanz-ministeriums.

Abg. Rosenfeld (l. S.) begrüßt den Übergang der Finanzhoheit auf das Reich als Anfang mit dem Abbau der mittelalterlichen Kleinstaaterei. Es ist ihm unverständlich, wie die Westering dem Wunsch der ein-zeligen Kleinstaaten nach Anschluß an Preußen Wi-derstand leisten kann, und bedauert sich, daß Vorher nicht von der Regierung als Landrat in Schmalbal-den bestätigt wurde. Er verteidigt dann die freireichende Berliner Metallarbeiter.

Ministerpräsident Siegel: Die Vorschläge der stän-digen Regierungen sind in einer Weimarer Verspre-chung von Vertretern aller Parteien in Anhörungen abgelehnt worden. Die Verhandlungen werden fort-geleitet. Eine Schwächung Preußens würde eine Schwä-chung Deutschlands bedeuten. Die preussische Regie-rung wird entschlossen an einer Entfaltung im Sinne des deutschen Einheitsstaates festhalten.

Der Reichstag hat die Finanzministerkassen wird unter Streichung der Eisensteuergesetze angenommen.

Es folgte die Beratung der Denkschrift über die Zeu-rungsanlage an die Staatsbeamten in Verbindung mit der zweiten und dritten Beratung der Deckungsvorlage für eine einmalige Beschaffungsbefähigung.

Finanzminister Dr. Siegel: Mit der durch die Denkschrift gefassten Beschlüsse schreibt die gemaltige Aktion zur Verbilligung der Lebensmittel einher, die für Mitte Januar wiederum 3 Milliarden erfordert. Preußen hat davon drei Fünftel zu tragen. Die Re-form der Beamtengehälter kann nur im Einvernehmen mit dem Reich ermöglicht werden.

Abg. Schmidt (l. S.) stimmt der Vorlage zu.

Nach weiteren zustimmenden Ausführungen der Abg. Gottwald (Zir.), Eise (D. nat.) und Meyer (D. B.) wurde die Vorlage in zweiter und dritter Lesung einstimmig angenommen. Darauf vertagte sich das Haus auf Freitag, 12 Uhr mittags.

## Der Streik in der Berliner Metallindustrie.

Tägliche Zusammenkünfte.

Der so ferdel vom Baum gedrohte Streik hat immer noch keine Aussicht abzuhelfen. Die Beschän-dlung der Metallindustrie im Arbeitsministerium ge-fahren wurden, sind gescheitert. In der National-versammlung tadelte der Demotat Vorher den Ber-liner Oberbürgermeister Wermuth heftig, daß er über-haupt Verhandlungen eingeleitet habe, solche Streiks wie dieser müßten sich totlaufen, weil sie unerbittlich und gegen das Allgemeinwohl gerichtet seien. — Nach Eingabe der Streikliste ist die Zahl der Streikenden auf über 40 000, die Zahl der Ausgesperrten auf 80 000 angewachsen. Die Versammlungen der Berliner Ar-beiter sind von der Polizei ohne Zutun der Polizei aufge-brochen. Die Unabhängigen und Kommunisten scheinen nicht ruhig hinzusehen zu wollen, doch hätten sie ihre Vorbereitungen freizugehen. Das Büro der Streikleitung wurde von Geheimpolizisten durchsucht. Die Arbeiterorganisationen erlassen im „Vorwärt“ einen Aufruf, in dem die Arbeiterkraft ermahnen, sich von allen Demonstrationen, Kravotten und Ausschä-fern zu halten. Die Polizei am Oberbürgermeister hat alle Vorbereitungen getroffen.

Nach den letzten Nachrichten kam es am Donner-stag bei Wüstung einer Versammlung in der Kölln-Quarier durch noch an Unruhestörungen. Die Polizei hat